

Gemeinde Aichwald

Amt/Sachgebiet: Bürgermeister

Aktenzeichen:

Sachbearbeiter/in: Jarolim, Andreas

Vorberatung am:
im:

GRS am: 27.02.2023

Vorlage: 2023/81 GR

Anlage/n: 3

Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 sowie des Wirtschaftsplans 2023 für die Wasserversorgung

Beschluss		
Ja	Nein	Enth.

Antrag:

1. Der Gemeinderat möge über die zum Haushaltsplan 2023 eingegangenen Anträge entscheiden.
2. Unter Berücksichtigung der zu 1. gefassten Beschlüsse sowie der Änderungsliste wird der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 sowie dem als Anlage aufgeführten Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung 2023 zugestimmt.
3. Von der mittelfristigen Finanzplanung wird Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage, Begründung:

Im Rahmen der Stellungnahmen zum Entwurf des Haushaltsplans 2023 wurden von den Fraktionen des Gemeinderats in der Sitzung vom 23.01.2023 Anträge gestellt. Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

1. Anträge der CDU-Fraktion:

1.1 Antrag – CDU

*Die Verwaltung bringt in der Sitzung des Gemeinderats im Februar 2023 einen Grundsatzbeschluss für die Neuschaffung von ca. 60 **Pflegeplätzen** zur Abstimmung und sucht hierfür noch in diesem Jahr einen geeigneten Träger*

Stellungnahme Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung sollte ein Grundsatzbeschluss zur Schaffung von Pflegeplätzen und zusätzlich auch zur Erweiterung des Einzelhandels erfolgen.

Im Folgenden die vorgeschlagene Beschlussanträge:

1. Der Gemeinderat beschließt, dass in Aichwald eine weitere Pflegeeinrichtung mit rund 60 Pflegeplätzen entstehen soll.
2. Der Gemeinderat beschließt, dass in Aichwald zur Stärkung des Einzelhandels ein weiterer Lebensmittelmarkt entstehen soll. Bedingung ist, dass der neue Betreiber vertraglich zusagt, dass der bestehende Lebensmittelmarkt in der Ortsmitte Schanbach so oder in ähnlicher Form weiter betrieben wird.

Sitzungsvorlage GRS

1.2 Antrag - CDU

*Die Verwaltung sucht umgehend ein weiteres Gespräch mit der Telekom und besteht beim **Breitbandausbau** auf die Einbeziehung des **Gewerbegebiets in Aichschieß**. Des Weiteren spricht die Verwaltung komplexe Probleme bei der baulichen Umsetzung der Anschlüsse an und fordert eine bessere und kundenfreundlichere Umsetzung.*

Stellungnahme Verwaltung:

Nach einem nochmaligen Gespräch hat uns die Telekom folgende Stellungnahme zukommen lassen:

„Wir haben ihre erneute Nachfrage nochmals zum Anlass genommen, um einen rein eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau im Gewerbegebiet Aichschieß sowie dem Wohngebiet „Am Waldeck“ nochmals zu überprüfen. Ich muss ihnen aber leider mitteilen, dass wir hierbei zu keiner wirtschaftlichen Lösung gelangen können. Die Preisentwicklungen für Tiefbauarbeiten haben sich in den vergangenen 12 Monaten drastisch erhöht und belasten eine Kalkulation zusätzlich. Ich bitte daher um ihr Verständnis, dass wir ihrem Wunsch nach einem rein eigenwirtschaftlichen Ausbau der beiden Gebiete aktuell nicht nachkommen können.“

Das weitere Vorgehen ist wie folgt:

Es soll in diesem Jahr noch ein weiteres Förderprogramm auf den Weg gebracht werden. Nach aktuellen Informationen soll dies noch im ersten Halbjahr 2023 kommen. Genaue Details sind aber aktuell nicht bekannt. Wir gehen allerdings davon aus, dass Gebiete wie das Gewerbegebiet in Aichschieß und Am Waldeck förderfähig sein sollte. Sobald die Details des Programms bekannt sind, werden wir mit dem Zweckverband Breitbandversorgung Landkreis Esslingen die Fördermöglichkeiten prüfen und beantragen.

1.3 Antrag - CDU

*Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat darüber, warum sich das Projekt entgegen unserem kommunalen Interesse und vertraglichen Verpflichtungen des Bauträgers fortgesetzt verzögert und macht Vorschläge, wie eine rasche Realisierung erreicht werden kann. (Thema: **Fuchsbühl**)*

Stellungnahme Verwaltung:

Erledigt, da der Gemeinderat bereits über den aktuellen Stand informiert wurde.

1.4 Antrag - CDU

*Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat darüber zu berichten, welche **Vorschulangebote** es in welchem zeitlichen Umfang an den **Kindergärten** in Aichwald gibt, mit welchem Programm diese durchgeführt werden und ob diese für die im letzten Kindergartenjahr angemeldeten Kinder verpflichtend sind. Zudem soll die Gemeindeverwaltung darüber berichten, welche Sprachförderungsmaßnahmen es in den Kindergärten gibt und wie diese Maßnahmen in Anspruch genommen werden.*

Sitzungsvorlage GRS

Stellungnahme Verwaltung:

In der Anlage 1 zu dieser Vorlage sind die Ausführungen der jeweiligen Einrichtungen zum den Themen Vorschulangebot und Sprachförderung zusammengestellt. Auch wenn diese in unterschiedlicher Ausführlichkeit dargestellt sind, werden im Wesentlichen in den Einrichtungen in jeweils ähnlichem Umfang und Art die Vorschulkinder im letzten Kindergartenjahr auf den Übergang zur Schule vorbereitet. Hierbei findet dann auch ein regelmäßiger Austausch mit den Kontaktlehrern der Grundschule statt.

Ebenso gibt es in allen Einrichtungen die gesonderte Sprachförderung durch entsprechend geschulte Kräfte, die im Rahmen des Förderprogramms „Kolibri“ bei Kindern mit Sprachdefiziten oder Sprachverzögerungen eine gezielte Förderung vornehmen.

Wie den Ausführungen der Einrichtungen zu entnehmen ist, ist grundsätzlich die gesamte Betreuung der Kinder über alle Jahre darauf ausgerichtet, Sprache und Kompetenzen zu entwickeln. Durch speziellere und intensivere Angebote im letzten Kindergartenjahr sollen die Kinder dann so gut wie möglich auf den Übergang zur Schule vorbereitet werden.

1.5 Antrag - CDU

Die Gemeindeverwaltung informiert den Gemeinderat über den weiteren Zeitplan des Bauvorhabens sowie über die Möglichkeiten zur Interimsunterbringung der Kinder während der Bauphase sowie über mögliche Beschleunigungsoptionen.

Stellungnahme Verwaltung:

Der Gemeinderat ist in seiner vorletzten Sitzung 12. Dezember 2022 durch die Verwaltung und die beauftragte Architektengemeinschaft über das Bauvorhaben informiert worden. Hierbei wurde auch der Zeitplan vorgestellt. Ferner wurde dargelegt und durch den Gemeinderat beschlossen, dass durch eine geringfügige Verschlinkung des Gebäudes bei gleichzeitiger Verschiebung um 1 m in Richtung Altes Rathaus, auf einen vorzeitigen Rückbau des Kindergartens verzichtet werden kann. Mithin ist es dadurch möglich geworden, dass für die Kindergartenkinder keine Interimslösung notwendig wird. Die Schulkinder sollen nach aktuellem Planungsstand in das evangelische Gemeindehaus umziehen. Hierbei stehen letzte Gespräche mit der Kirche aber noch aus bzw. müssen noch geführt werden.

Hinsichtlich des Zeitplanes lässt sich sagen, dass im Dezember die Aufträge für die großen Fachplanungsbereiche, hier insbesondere Tragwerksplanung und Technische Gebäudeausstattung, nach einem ebenfalls europaweiten Verfahren, vergeben wurden. Parallel dazu wurden im nationalen Verfahren eine Reihe weiterer notwendiger Fachplaner gesucht und mittlerweile auch beauftragt. Somit steht das Planungsteam nahezu vollständig fest. Noch in diesem Monat wird mit dem Kick-off-Termin die eigentliche Planungsphase begonnen. Danach kann ein Terminplan aufgestellt werden. Die Verwaltung hat ebenfalls ein großes Interesse an einer zügigen Durchführung. Allerdings sollte in erster Linie gute Planung vor übereiltem Baustart die Prämisse sein. Gleichwohl wird ein früherer Baubeginn angestrebt. Die Verwaltung informiert über dieses wichtige Bauvorhaben den Gemeinderat regelmäßig.

1.6 Antrag - CDU

Die Gemeindeverwaltung sucht erneut das Gespräch mit den Busunternehmen und berichtet dem Gemeinderat bis spätestens Juli 2023.

Sitzungsvorlage GRS

Stellungnahme Verwaltung:

Die Verwaltung wird sich entsprechend mit dem Busunternehmen in Verbindung setzen. Aus Sicht der Verwaltung sollten über einen repräsentativen Zeitraum Fahrgastzahlen in den jeweiligen Fahrzeugen erhoben werden, um dann auf einer fundierten Grundlage nach evt. erforderlichen Lösungen zu suchen.

Sitzungsvorlage GRS

2. Anträge der Freie Wähler - Fraktion:

2.1 Antrag – FW

*Die Bürgerinnen und Bürger in Aichwald können ohne vorherige Anmeldung während der üblichen **Servicezeiten** Termine im **Rathaus** wahrnehmen, auch wenn dabei kürzere Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen.*

Stellungnahme Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung hat sich die Bearbeitung der Anliegen der Einwohner unter vorheriger Terminvergabe bestens bewährt. Es sei deshalb grundsätzlich auf die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag aus dem Vorjahr verwiesen, welche hier nochmals aufgeführt wird:

„Aus Sicht der Verwaltung hat sich der Bürgerservice seit der terminvereinbarten Bearbeitung der Anliegen der Einwohner deutlich verbessert. Die Einwohner haben die Möglichkeit, über das online-Terminbuchungssystem oder auch telefonisch sehr zeitnah Termine zu belegen, erhalten dort auch schon gleich alle Informationen hinsichtlich erforderlicher Unterlagen und Kosten und können somit ohne Wartezeit und sonstige Verzögerungen termingerecht bedient werden.

Zu Zeiten, in denen das Rathaus ohne Terminvergabe geöffnet ist, können keine Termine vorreserviert werden, da sich die Mitarbeiter für eventuellen Kundenbedarf zur Verfügung halten müssen. In dieser Zeit kommt es regelmäßig zu Wartezeiten für die Besucher, was aus Sicht der Verwaltung nicht sein muss.

Weitere Öffnungszeiten ohne Terminvergabe würden buchbare Zeiten für Termine entziehen und dieses hervorragende Angebot verknappen und letztlich auch die Effektivität der Bearbeitung der Anliegen der Einwohner reduzieren. Deshalb sollte die derzeitige Regelung beibehalten werden.“

Sitzungsvorlage GRS

3. Anträge der SPD Fraktion:

3.1 Antrag – SPD

*Wir beantragen eine tägliche **Öffnung des Bürgeramtes** unserer Gemeinde und bitten die Verwaltung, dazu einen **Öffnungsplan** zu entwickeln.*

Stellungnahme Verwaltung:

Hierzu wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 2.1 der Freien Wähler verwiesen. Gerade im Bürgeramt fallen mehr als 80% der Vorgänge an, die über eine Terminvergabe zielgerichtet, effektiv und somit kundenorientiert bearbeitet werden können. Insofern würde gerade im Bereich des Bürgeramts der Wegfall von Terminzeiten erhebliche Auswirkung haben.

3.2 Antrag - SPD

*Wir beantragen, dass die Aufgabe des Klimaschutzes eine zentrale Bedeutung in der **Tätigkeitsbeschreibung für die neue Stelle** bekommt, da wir befürchten, dass gerade diese Funktion bei vielen anderen Themen wie Bauleitplanung und Fördermittelbeantragung zu kurz kommen könnte.*

Stellungnahme Verwaltung:

Eine erste Stellenausschreibung, in der sowohl Technik- als auch Verwaltungsinhalte vorhanden waren, war auf dem Markt nicht erfolgreich. Vor dem Hintergrund der umfassenden Aufgaben im Bereich Klimaschutz ist das Bau- und Umweltamt aktuell dabei, Aufgaben neu zuzuordnen und Stellen- und Arbeitsplatzbeschreibungen neu zu entwerfen. In der kommenden Sitzung wird die Verwaltung präsentieren, wie einzelne Aufgaben sowohl im Bauamt als auch in der Zuständigkeit des Hauptamtes neu zugeordnet werden.

3.3 Antrag - SPD

*Wir beantragen erneut zeitnah die Gründung eines **Umweltbeirates**, der dazu beitragen soll, dass unsere Gemeinde möglichst bald klimaneutral ist.*

Stellungnahme Verwaltung:

Grundsätzlich verweisen wir auf die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag aus dem Vorjahr, welche hier nochmals in Teilen aufgeführt wird:

Die Gründung eines Umweltbeirates kann ein weiteres Element auf dem Weg zum Erreichen der Klimaziele sein. Die Verwaltung ist allerdings der Überzeugung, dass der Weg koordiniert und zielorientiert erfolgen sollte. Um die vielen Initiativen zu bündeln, zu moderieren und zu gestalten braucht es die unter 3.2 aufgeführte neue Stelle.

Die Verwaltung sagt deshalb zu, dass wir das Thema Schaffung eines Beirats (oder einer aktiven Bürgerbeteiligung / Klimainitiative) angehen, sobald wir die unter 3.2. genannte Stelle erfolgreich besetzt haben.

3.4 Antrag - SPD

*Wir beantragen, dass die Gemeinde einen zusätzlichen **Parkplatz für Wohnmobile** und Wohnwagen sowie sonstige Anhänger erschließt und vermietet. Außerdem*

Sitzungsvorlage GRS

beantragen wir, dass im Gemeindeblatt verstärkt auf die Grundsätze des Parkens in Aichwald hingewiesen wird und dass Falschparken mit mehr Zeitaufwand als bisher und vor allem dann, wenn die meisten Fahrzeuge abgestellt sind, also gegen Abend, kontrolliert wird.

Stellungnahme Verwaltung:

Erledigt durch GR-Beschluss am 23.01.2023.

3.5 Antrag - SPD

*Wir bitten die Verwaltung, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass insbesondere der **Schulverkehr nach Weinstadt und zum Engelberg** so gestaltet wird, dass keine unzumutbaren Wartezeiten entstehen.*

Stellungnahme Verwaltung:

Die Verwaltung wird gerne erneut Kontakt mit dem Busunternehmer, dem Nahverkehrsamt und VVS aufnehmen, um die Problematik zu erläutern und ggfs. eine Verbesserung zu erreichen. Jedoch sei nochmals auf die Rückmeldung aus den vergangenen Jahren hingewiesen, wonach eine Verkürzung der Wartezeiten nur durch den Einsatz von zusätzlichen Bussen (somit zusätzlicher Finanzierungsaufwand) zu erreichen wäre und dies seitens des VVS und des Nahverkehrsamtes nicht als erforderlich angesehen wird, da die derzeitigen Wartezeiten im Schülerverkehr von 20-30 Minuten als generell akzeptabel angesehen werden.

3.6 Antrag - SPD

*Wir beantragen, dass an der **Haltestelle Abzweig Krummhardt** erneut ein Warteunterstand errichtet wird, nachdem nicht alle Busse direkt über Krummhardt fahren.*

Stellungnahme Verwaltung:

Für diese Haltestelle ist bereits ein neues Wartehäuschen vorgesehen. Dieses wird im Laufe des Frühjahres errichtet.

3.7 Antrag - SPD

*Wir beantragen weiterhin, dass an den meist frequentierten **Haltestellen** jeweils ein **Fahrradständer** aufgestellt wird, da nicht alle Busfahrgäste zu Fuß zur Haltestelle kommen.*

Stellungnahme Verwaltung:

Die am stärksten frequentierten Bushaltestellen sind die entlang der Remstalstraße, am Kreisel und an der Poststraße. Bei der Bushaltestelle am Kreisel befindet sich bislang ein Fahrradständer, der eher nur mäßig frequentiert wird. Alle anderen Bushaltestellen sind in sehr beengten Straßensituationen, die ein zusätzliches Aufstellen von Fahrradständern unmöglich machen.

3.8 Antrag - SPD

*Wir bitten die Gemeinde um einen Bericht, inwieweit die gemeindeeigenen Liegenschaften sowie Telefon und Inter- und Intranet in Aichwald für **Stromausfälle***

Sitzungsvorlage GRS

vorbereitet sind. Des Weiteren fragen wir an, ob es in einem solchen Fall Vorsorgemaßnahmen für die Bewohner Aichwalds gibt. Verfügt die Gemeinde über eine eigene Notstromversorgung? Sofern es einen Plan für eine Notfallversorgung für die kritische Infrastruktur gibt, bitten wir, die Einwohner darüber zu informieren.

Stellungnahme Verwaltung:

Aktuell erarbeiten wir gemeinsam mit der RBS Wave GmbH einen Notfallplan für einen Stromausfall. Ziel ist u.a. die Evaluierung der relevanten kommunalen Objekte und eine Auswahl sowie Vordimensionierung von Netzersatzanlagen, mit denen eine Mindesthandlungsfähigkeit aufrechterhalten werden kann, um bei evtl. Blackouts sowohl Personenschäden als auch wirtschaftliche Schäden abzuwenden. Dies wird u. a. durch die Einrichtung eines Krisenstabs, der Organisation, Durchführung und Unterstützung von Feuerwehr und Bauhof sowie der Unterbringung von Bürgern in einer Notunterkunft sichergestellt. Mit diesem Konzept werden die Präventiv-Maßnahmen zur Gefahrenabwehr dargestellt, die im Anschluss umgesetzt werden sollten.

Das Konzept soll im Laufe des Jahres 2023 erarbeitet werden und wird dann dem Gemeinderat vorgestellt. In diesem Konzept werden Handlungsempfehlungen (mit Kosten) dargestellt, über die dann im Gemeinderat entschieden werden muss.

Der Aufbau einer Notstromversorgung und die Einrichtung einer Notunterkunft (voraussichtlich Schurwaldhalle) ist Teil des Konzeptes. Eine Notstromversorgung für die Feuerwehren ist bereits eingerichtet.

3.9 Antrag - SPD

*Wir beantragen für Aichwald die Anschaffung und Installation von 4 weiteren **Sirenen**, so dass jeder Ortsteil mit einer Sirene ausgestattet ist.*

Stellungnahme Verwaltung:

Bei der Anschaffung und Installation von Sirenen ist mit Kosten je Anlage in Höhe von ca. 12.000,00 € zu rechnen. Die Verwaltung sieht für Aichwald keine besondere Gefahrenlage (wie z.B. in potentiellen Überschwemmungsgebieten) vor denen die Bevölkerung mit Hilfe von Sirenen gewarnt werden müsste. Ebenso sieht die Feuerwehr (wie bereits mit der Stellungnahme zum Antrag im letzten Jahr zu diesem Thema ausgeführt) keinen Bedarf für Sirenen zur Alarmierung im Brandfall. Für überregionale Gefahrensituation stehen eine Vielzahl von Warnmöglichkeiten zur Verfügung, aus denen dann auch gleich der Grund der Warnung ersichtlich ist. Somit ist aus Sicht der Verwaltung unter Anbetracht des erheblichen Kostenaufwandes und des möglichen Nutzens die Installation von weiteren Sirenen nicht erforderlich.

3.10 Antrag - SPD

*Wir beantragen nochmals, zeitnah einen Weg aufzuzeigen, wie die der **Mobilfunkempfang** überall dort in Aichwald verbessert werden kann, wo er bisher schlecht oder gar nicht vorhanden ist. Sollte das beauftragte Ingenieurbüro dazu nicht in der Lage sein, bitten wir, ein anderes zu beauftragen!*

Sitzungsvorlage GRS

Stellungnahme Verwaltung:

Wie bereits in der November-Sitzung dargestellt, sollte ein externes Ingenieurbüro (das bereits vor Jahren eine entsprechende Untersuchung durchgeführt hatte) eine neue Untersuchung vornehmen. Aufgrund der Erkrankung des zuständigen Mitarbeiters steht die Umsetzung immer noch aus. Da sich hier leider keine Veränderung abzeichnet, werden wir zeitnah ein anderes Ingenieurbüro beauftragen, um nochmals den Versuch zu unternehmen, weitere Möglichkeiten auszuloten, wie wir die Mobilfunksituation in Aichwald insgesamt verbessern können.

Aktuell sind wir mit der Telekom noch in Gesprächen bzgl. eines Standortes am Ortsrand von Aichelberg (unterhalb der Kelter). Dieser Standort würde den Mobilfunkempfang im östlichen Teil von Aichelberg erheblich verbessern. Aktuell bereitet die Telekom den entsprechenden Bauantrag hierzu vor.

Sitzungsvorlage GRS

4. Anträge der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

4.1 Antrag – Grüne

*Wir bitten die Verwaltung die Spielplätze, Kinderbetreuungseinrichtungen und die Schulhöfe auf ausreichende **Beschattung** zu überprüfen und gegebenenfalls nachzubessern.*

Stellungnahme Verwaltung:

Beschattung der öffentlichen Spielplätze ist schon immer ein Thema beim Bau und Unterhalt der Anlagen. Die Verwaltung befindet sich in einem steten Austausch mit den Nutzerinnen und Nutzern (insbesondere Leitungen der Kindertageseinrichtungen, der Schule, der Spielplatzagenda). So sind z. B. beim Bau der Krippe im Nebengebäude feststehende Sonnenschirme und großzügige Sonnensegel installiert worden. Bei den Spielanlagen im Außenbereich werden durch Baumpflanzungen natürliche Schattenbereiche vorgesehen.

4.2 Antrag – Grüne

Wir bitten die Verwaltung, uns über langfristig geplante Schritte in Richtung Klimaneutralität zu informieren. Plant die Verwaltung die Erstellung einer kommunalen Wärmeleitplanung und/oder eines Vorreiterkonzepts? Wo sieht die Verwaltung konkretes Potential für die dringend notwendige Wärmewende?

Stellungnahme Verwaltung:

Die Verwaltung kümmert sich in vielen Bereichen um das Thema Klimaneutralität. Sei es in den Anforderungen an Gebäude bei Neubauten und Sanierungen, bei den Planungen für ein klimaneutrales Gemeindezentrum, bei dem Engagement für den Bau von Solaranlagen auf kommunalen Gebäuden, die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger über die Solarkampagne zusammen mit den Teckwerken, bei Wiederaufforstungen, bei Erneuerung von Habitaten wie bei der Hummelwiese, bei der Ausweitung von Blühflächen, beim beständigen Nachpflanzen im Bereich der Streuobstwiesen, bei den Verbesserungen des ÖPNV, beim Verzicht beim Austausch von Heizungsanlagen auf Gas, bei der steten Optimierung von Prozessabläufen in der Gebäudetechnik etc. pp. Gleichwohl sind noch viele weitere Schritte notwendig. So ist es gerade die freiwillige kommunale Wärmeplanung, die einen entscheidenden Schritt zum Ziel der Klimaneutralität leisten kann. Auch das Vorreiterkonzept ist hier zu nennen, um für alle weiteren Schritte auch Fördergelder akquirieren zu können. Dies kann die Verwaltung mit dem bisherigen Personalschlüssel nicht leisten. Um hier eine bessere personelle Ausrichtung zu bekommen, wird, wie in der Antwort auf den Antrag der SPD-Fraktion beschrieben, die Verwaltung in der kommenden Sitzung einen entsprechenden Vorschlag machen.

4.3 Antrag – Grüne

*Wir bitten die Verwaltung das Potential von oberflächennaher Geothermie in Aichwald zu beurteilen. Wir möchten wissen, ob **Erdwärme** eine Option für die Bürgerinnen und Bürger ist und unsere Wärmewände beschleunigen könnte.*

Stellungnahme Verwaltung:

Oberflächennahe Geothermie wird in Aichwald bereits in einigen Fällen erfolgreich eingesetzt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich über die Homepage

Sitzungsvorlage GRS

des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (www.isong.lgrb-bw.de) einen ersten Überblick über die Effizienz einer geothermischen Nutzung mittels Erdwärmesonde verschaffen. Die weitere Planung sollte dann ein entsprechend fachlich versiertes Unternehmen übernehmen.

4.4 Antrag – Grüne

*Wir bitten daher die Gemeindeverwaltung zu prüfen, wo **Energie gespart** werden kann, ob beispielsweise die Straßenbeleuchtung oder die Beleuchtung auf dem Campus Krummharderstr. 80 reduziert werden kann, ohne das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu beeinträchtigen.*

Stellungnahme Verwaltung:

Seit der Diskussion um die Abschaltung der Straßenbeleuchtung erreicht die Verwaltung eine Reihe von Anrufen von Bürgerinnen und Bürger, die darum bitten, dass die Beleuchtung ganznächtig betrieben bleibt. Losgelöst von der subjektiven Meinung gilt es zu bedenken, dass die Verwaltung schon seit jeher auf eine energiesparende Straßenbeleuchtung gesetzt hat. Durch dieses Engagement konnte erreicht werden, dass die Straßenbeleuchtung aktuell lediglich rund 15 kWh pro Einwohner und Jahr ausmacht. Dieser Wert wird sich durch die weitere Umstellung auf LED-Beleuchtung noch weiter reduzieren. Gleichzeitig sind eine Reihe von Umstellungen im Betrieb der Beleuchtungssysteme notwendig. So hält die Verwaltung es für angezeigt, auf jeden Fall die Durchgangsstraßen durchgehend zu betreiben. Da die entsprechenden Schaltkreise dann aber auch teilweise in die jeweiligen Wohnstraßen hineinreichen, müssten diese entweder auf andere Schaltkreise umgesetzt werden, was einen nicht unerheblichen baulichen Aufwand bedeuten würde, oder aber es wären einzelne Wohnstraßen beleuchtet, während es andere nicht sind. Die Verwaltung empfiehlt, den Weg einer weiteren Effizienzsteigerung mit gleichzeitiger Reduktion des Stromverbrauches weiterzugehen, anstatt die Beleuchtung ganz auszustellen.

4.5 Antrag – Grüne

*Wir bitten die Verwaltung, die Ausschilderung des **Fahrradwegnetzes** innerhalb Aichwalds zu überprüfen. Sind die Radwege durch unsere Ortschaften gut ausgeschildert oder gibt es Unterbrechungen? Sind weitere Pop-up Radwege sinnvoll?*

Stellungnahme Verwaltung:

Eine Überprüfung der Beschilderung ist grundsätzlich sinnvoll und sollte im Laufe dieses Jahres erfolgen. Die Verwaltung sieht hier sehr gutes Mitwirkungspotential aus der Bürgerschaft und würde es begrüßen, wenn sich engagierte Radfahrer finden könnten, welche (z. B. im Rahmen der Aktion des Stadtradelns) die ausgewiesenen Routen dahingehend überprüfen könnten. Entsprechende Planauszüge mit den ausgewiesenen Radwegen können von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden.

Pop-up Radwege entstehen ja per Definition da, wo spontan und meist temporär (auf Grund von Sperrungen von Straßen etc.) Radverbindungen eingerichtet werden. Hierzu wird seitens der Verwaltung in Aichwald kein Bedarf gesehen

Sitzungsvorlage GRS

4.6 Antrag – Grüne

In diesem Kontext möchten wir die Verwaltung an den vereinbarten Werbeaktionstag erinnern, der die Attraktivität des ÖPNV sichtbar macht.

Stellungnahme Verwaltung:

Wie wir bereits in der Novembersitzung mitgeteilt haben, ist die Werbeaktion zur Steigerung der ÖPNV-Attraktivität aus verschiedenen Gründen leider nicht umgesetzt worden. Das werden wir zeitnah nachholen. Im ersten Schritt werden wir nochmals auf die Firma Schlienz zugehen, um gemeinsam ein Konzept und einen Ablaufplan zu erstellen.

4.7 Antrag – Grüne

Wir beantragen, den oben genannten Straßenabschnitt dahingehend zu überprüfen, ob ein weiterer Überweg Richtung Weinstadt geboten ist. Auch die Sicherheit für gehbehinderte Einwohner und Senioren hat im Fokus zu stehen.

Stellungnahme Verwaltung:

Ein entsprechender Antrag der Verwaltung wurde bereits in der Verkehrsschau am 15.02.2023 an die Untere Verkehrsbehörde gestellt. Da zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung diese noch nicht stattgefunden hatte, können in der Sitzung des Gemeinderates hierzu weitere Informationen gegeben werden.

Sitzungsvorlage GRS

5. Anträge der FDP

5.1 Antrag – FDP

*Qualifizierte Firmen werden um ein Angebot gebeten zur Erstellung einer **Aichwald-App** und damit verbundenen Optimierung der Homepage.*

Als Vorbild eignet sich u.a. die Gemeinde Köngen, die das für gerade einmal 20.000 € realisiert hat.

Stellungnahme Verwaltung:

Durch Erstellung bzw. die Einführung einer Aichwald-App lässt sich zunächst nicht automatisch die Homepage der Gemeinde Aichwald optimieren.

Bereits im Jahr 2018 wurde der Unterbau der Homepage und das Design an, den nach wie vor geltenden, Stand der Technik aktualisiert. So ist die Homepage in einem „Responsive Webdesign“ erstellt und passt sich automatisch an das jeweilige Endgerät an. Alle Informationen und Funktionen der Homepage stehen somit immer zur Verfügung. Eine Aichwald-App würde zusätzlichen Betreuungsaufwand und zusätzliche jährliche Pflegekosten verursachen.

Die Verwaltung kann in der Einführung einer Aichwald App keine nennenswerten Vorteile gegenüber der bereits vorhandenen Website erkennen und sieht diese daher, insbesondere bei der aktuellen Haushaltslage, als nicht notwendig an.

5.2 Antrag – FDP

*Die Gemeinde richtet unverzüglich einen **Notfall-Treffpunkt** ein und nimmt dazu die Unterstützung des Landes in Anspruch.*

Stellungnahme Verwaltung:

Hierzu wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 3.8 der SPD verwiesen.

Aichwald, den 21.02.2023